

Vorbeugen statt zahlen

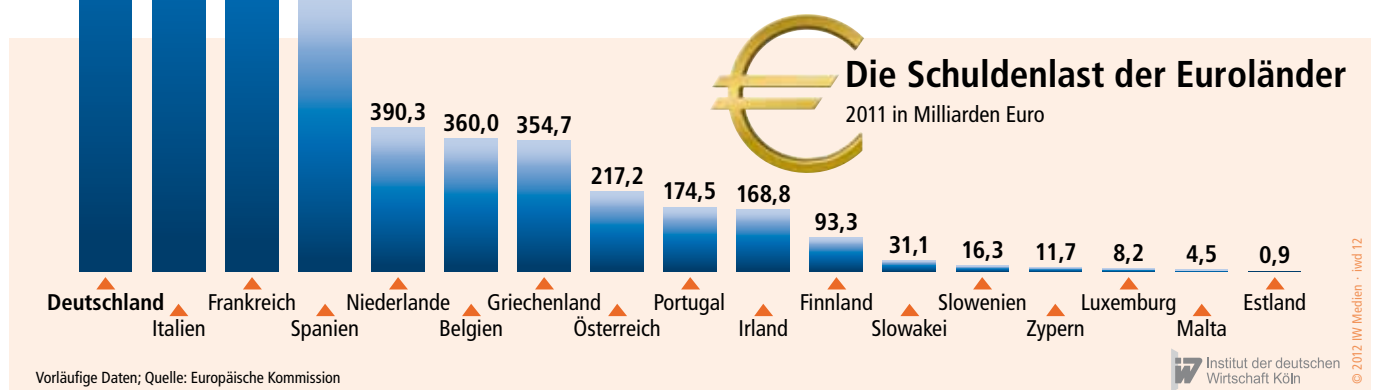
Euro-Schuldenkrise. Trotz der jüngsten Rettungsaktion für Griechenland können die Eurostaaten die Krise noch längst nicht ad acta legen. Sollten sich die Probleme vor allem in den großen Ländern der Währungsunion wieder zuspitzen, wäre wohl auch der künftige Europäische Stabilisierungsmechanismus nicht schlagkräftig genug, um einen Staatsbankrott abzuwenden. Die Euroländer setzen deshalb verstärkt darauf, Schuldenprobleme künftig erst gar nicht entstehen zu lassen.

Nicht nur den Griechen stehen angesichts ihrer desolaten Wirtschaftslage weiterhin schwierige Zeiten bevor (vgl. iwd 4/2012). In Portugal etwa dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um mehr als 3 Prozent schrumpfen, und Spanien rechnet mit einem Haushaltsdefizit von immer noch mehr als 5 Prozent.

Damit ändert sich an den hohen Schulden in der Eurozone vorerst wohl wenig (Grafik):

Im Jahr 2011 beliefen sich die Staatsschulden aller Euroländer auf fast 8,3 Billionen Euro – davon entfiel allein ein Drittel auf die Krisenländer Italien und Spanien.

Akut wurde die Schuldenkrise vor rund zwei Jahren – damals musste Griechenland als erster Staat seine europäischen Partner um finanziellen Beistand bitten. Seither bemüht sich die Politik, das Verschuldungsproblem in den Griff zu bekommen. Vor allem als die Lage im Sommer 2011 eskalierte, wurden immer neue Lösungen diskutiert und – wie →



Inhalt

Altersgerechtes Arbeiten. Unternehmen in Deutschland müssen sich auf ältere Belegschaften einstellen.
Seite 4

Saarland. Von den 13 Flächenstaaten hat ausgerechnet der kleinste die größte Pro-Kopf-Verschuldung der Republik.
Seite 5

Soziales Engagement. Der Bundesfreiwilligendienst hat den Zivildienst erfolgreich abgelöst.
Seite 6

Arbeitszufriedenheit. Die meisten Beschäftigten in Deutschland haben eine positive Einstellung zum Job.
Seite 7

Wirtschaftsfaktor Sport. Fast 88 Milliarden Euro gaben die Deutschen im Jahr 2010 für sportliche Aktivitäten aus.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Die Euro-Rettungsschirme

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF). Sie war zunächst auf drei Jahre angelegt und bildet den größten Teil des im Mai 2010 aufgespannten ersten Euro-Rettungsschirms. Die EFSF ist eine eigenständige Zweckgesellschaft in Luxemburg und kann Geld am Kapitalmarkt aufnehmen – mit den Euroländern als Bürgen. Ursprünglich hatte die EFSF ein Volumen von 440 Milliarden Euro, von denen aber effektiv nur 255 Milliarden Euro verfügbar waren (vgl. iwD 39/2011). Angesichts der Krisenverschärfung wurde der Schirm im Herbst 2011 auf 780 Milliarden Euro aufgestockt – Deutschland garantiert davon 211 Milliarden Euro. Somit stehen nun 453 Milliarden Euro als echte Kreditmittel bereit.

Europäischer Stabilisierungsmechanismus (ESM). Er löst als dauerhaftes Instrument am 1. Juli 2012 vorzeitig die EFSF ab. Der ESM basiert auf einem völkerrechtlichen Vertrag zwischen den 17 Eurostaaten und hat seinen Sitz ebenfalls in Luxemburg. Effektiv wird der ESM 500 Milliarden Euro an Krediten vergeben können. Seine Kapitalbasis beträgt 700 Milliarden Euro, wovon die beteiligten Länder 80 Milliarden Euro in bar einzahlen müssen. Deutschland haftet mit rund 190 Milliarden Euro und trägt davon 22 Milliarden Euro zur Bareinlage bei.

→ die Eurobonds – rasch wieder verworfen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) dagegen verfolgte nach der Krisenverschärfung konsequent ihre Strategie, Anleihen der finanziell maroden Staaten gezielt und dosiert aufzukaufen und damit den Kursverfall und den Zinsanstieg der Papiere zu begrenzen (Grafik):

Allein von Anfang August bis Ende November 2011 erhöhte die EZB ihren Bestand an Staatsanleihen von 74 auf mehr als 200 Milliarden Euro.

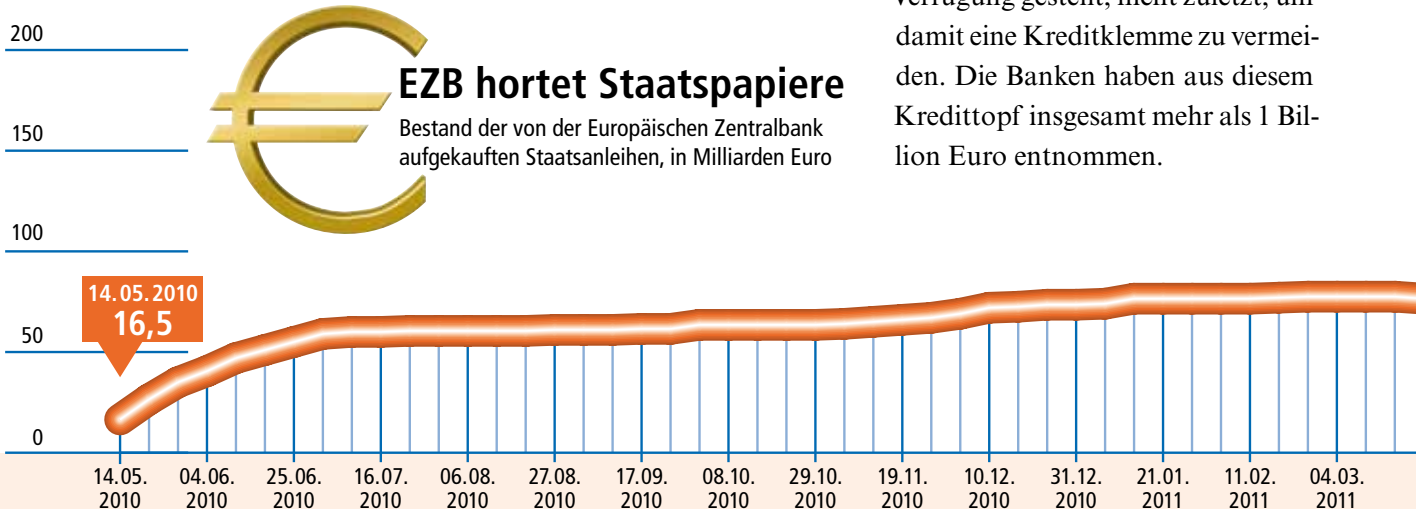
Zwar ist der Einsatz des EZB-Instrumentenkastens hilfreich, um kurzfristig Linderung zu schaffen. Zu den wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen die Krise gehört aber der Euro-Rettungsschirm, den die europäischen Politiker erstmals im Mai 2010 aufspannten (Kasten).

Dieser Schirm war von der Eurogemeinschaft zwar nur als vorübergehende Hilfskonstruktion gedacht. Als sich jedoch zeigte, dass der Kampf gegen die Krise zäh und lang werden würde, beschlossen die Regierungen, den ersten Rettungsschirm bereits zum 1. Juli 2012 durch den dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) abzulösen.

Doch auch damit sind die Probleme keineswegs vom Tisch. Denn Krisenstaaten wie Spanien, Italien oder das von den Ratingagenturen ebenfalls kritisch beurteilte Frankreich sind schlichtweg zu groß, um im Ernstfall vom ESM gerettet werden zu können. Dies gilt selbst dann, wenn der ESM aufgestockt würde. Das aber ist derzeit aufgrund des großen Widerstands vieler Eurostaaten ohnehin kaum realistisch.

Daher setzen die Euroregierungen mittlerweile verstärkt auf Maßnahmen, die die finanzpolitische Disziplin im gemeinsamen Währungsraum stärken und so Problemen vorbeugen sollen. Wichtige Bausteine dieser Strategie sind das sogenannte Sixpack und der von nahezu allen EU-Staaten unterzeichnete Fiskalpakt (Kasten Seite 3).

Auch der Bankensektor wird gestärkt. Die Finanzinstitute müssen ihre Eigenkapitalquote bis Mitte 2012 auf 9 Prozent aufstocken, damit sie besser gewappnet sind, falls die von ihnen gehaltenen Staatsanleihen an Wert verlieren. Zudem hat die EZB den europäischen Banken Ende Dezember 2011 und noch einmal Ende Februar jeweils dreijährige Kredite zu 1 Prozent Zinsen zur Verfügung gestellt, nicht zuletzt, um damit eine Kreditklemme zu vermeiden. Die Banken haben aus diesem Kredittopf insgesamt mehr als 1 Billion Euro entnommen.



Maßnahmen für mehr Finanzdisziplin

Sixpack. Dieses Bündel aus sechs Richtlinien und Verordnungen soll vor allem gewährleisten, dass die Staaten der Währungsunion sich künftig finanzpolitisch disziplinierter verhalten. Dazu wird der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft. Unter anderem sollen Euroländer mit einer hohen Staatsverschuldung jenen Teil, der die Grenze von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung überschreitet, jährlich um ein Zwanzigstel zurückführen. Andernfalls drohen Strafverfahren. Schlecht haushaltende Länder können einfacher als zuvor zu verzinslichen Einlagen bei der EU gezwungen werden, schlimmstenfalls werden sogar Geldbußen fällig.

Fiskalpakt. Ende Januar 2012 haben bis auf Großbritannien und Tschechien alle EU-Staaten einen Vertrag unterzeichnet, der die Länder verpflichtet, eine verbind-

liche Schuldenbremse im nationalen Recht zu verankern und mehr Haushaltsdisziplin zu üben. So wird eine Brücke geschlagen zwischen dem von Brüssel vorgegebenen Stabilitätspakt und dem souveränen Haushaltsrecht der nationalen Parlamente. Der Europäische Gerichtshof kann die Umsetzung des Fiskalpakts in den einzelnen Ländern überprüfen und gegebenenfalls eine Strafzahlung von 0,1 Prozent des BIP verlangen. Außerdem verschärft der Fiskalpakt die Entscheidungsverfahren für die Euroländer gegenüber dem Sixpack noch einmal, sodass Sanktionen nahezu automatisch greifen.

Der Pakt soll 2013 in Kraft treten – doch ob ihn bis dahin die Mindestzahl von zwölf Staaten ratifiziert hat, ist aufgrund des vielerorts großen politischen Widerstands noch nicht ganz sicher.

Was die Krisenstaaten tun

Italiens Regierung hat bereits im vergangenen Herbst ein umfangreiches Sparpaket beschlossen, das beispielsweise eine Anhebung des Renteneintrittsalters vorsieht (vgl. iwD 45/2011). Nun will Rom verstärkt das Wachstum ankurbeln – nicht zuletzt durch eine umfangreiche Liberalisierung des Arbeitsmarkts.

Spanien stemmt sich ebenfalls gegen die Misere. Unter anderem hat die Regierung in Madrid zum 1. Januar die Einkommens- sowie die Immobiliensteuer erhöht und vor kurzem eine Arbeitsmarktreform auf den Weg gebracht, die es Firmen leichter macht, Mitarbeiter einzustellen und zu entlassen – etwa indem Abfindungszahlungen eingeschränkt werden.

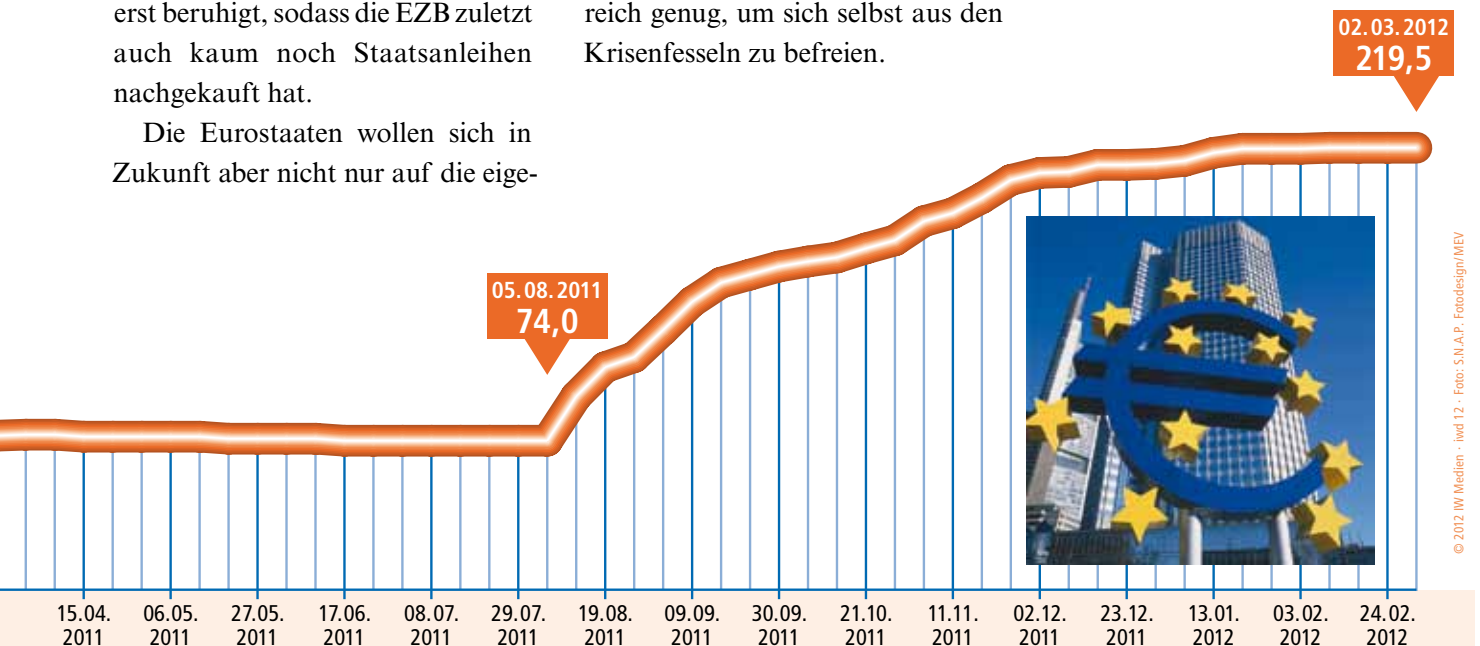
Portugal setzt vor allem auf eine umfangreiche Reform des Arbeitsmarkts. Dazu haben Regierung, Unternehmerverbände und kleinere Gewerkschaften ein Abkommen geschlossen, das unter anderem Entlassungen erleichtert, drei Feiertage abschafft, das Arbeitslosengeld, Überstundenzahlungen und Abfindungen kürzt sowie die Höchsturlaubsdauer von 25 Tagen auf 22 Tage pro Jahr reduziert.

Darüber hinaus haben die meisten der betroffenen Länder eine Reihe von Reformen in Angriff genommen, um ihre Staatsfinanzen wieder in den Griff zu bekommen und die Wirtschaft zu beleben (Kasten).

All dies hat – zusammen mit den Fortschritten bei der Rettung Griechenlands – die Finanzmärkte vorerst beruhigt, sodass die EZB zuletzt auch kaum noch Staatsanleihen nachgekauft hat.

Die Eurostaaten wollen sich in Zukunft aber nicht nur auf die eige-

nen Anti-Krisenmechanismen verlassen, sondern am liebsten auch auf zusätzliche Hilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückgreifen. Doch die USA und China zögern, dem IWF entsprechend mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, und auch viele andere Schwellenländer sind der Ansicht, Europa sei reich genug, um sich selbst aus den Krisenfesseln zu befreien.



Frühverrentung war gestern

Altersgerechtes Arbeiten. Unternehmen in Deutschland müssen auf ältere Belegschaften einstellen. Die Deutsche Post AG und die Gewerkschaft ver.di haben darauf mit einem speziellen Tarifvertrag reagiert.

Der demografische Wandel lässt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schon in den kommenden zwei Jahrzehnten spürbar schrumpfen. Gleichzeitig ändert sich die Altersstruktur (Grafik). Der Anteil der 20- bis 39-Jährigen sinkt, der Anteil der über 40-Jährigen steigt.

Weil auch die Belegschaften in den Unternehmen entsprechend altern, werden immer häufiger spezielle tarifliche Regelungen entwickelt. Nach der chemischen Industrie und der Stahlindustrie hat nun auch die Deutsche Post AG einen Demografietarifvertrag für alle voll- und teilzeitbeschäftigten Tarifkräfte abgeschlossen.

Dieser „Generationenvertrag“ verfolgt eine Doppelstrategie:

1. Wenn weniger junge Fachkräfte nachrücken, müssen die älteren länger arbeiten – möglichst bis zum 67. Lebensjahr. Das geht jedoch nur, wenn sie gesund bleiben. Insofern ist es sinnvoll, die (körperliche) Beanspruchung der älteren Arbeitskräfte zu reduzieren.

2. Niemand verschließt die Augen davor, dass nicht alle Älteren bis 67 durcharbeiten können. Deshalb werden Wege gesucht, damit diese Mitarbeiter auch ohne große Rentenabschläge vorzeitig in Ruhestand gehen können.

Das tarifvertragliche Kombinationsmodell der Post aus Altersteilzeit und Zeitwertkonten (Kasten) schlägt beide Fliegen mit einer Klappe:

Zum einen können die Beschäftigten zur Entlastung gegen Ende des Berufslebens die Arbeitszeit über einen längeren Zeitraum hinweg reduzieren.

Zum anderen kann, wer will, nach einer Freistellungsphase abschlagsfrei in Rente gehen (Kasten).

Zeitwertkonto

Die Freistellungsphase wird über ein Zeitwertkonto finanziert, auf dem Wertguthaben gesammelt werden. Es können pro Jahr zwischen 2 und 30 Prozent des Bruttojahreseinkommens eingezahlt werden, zum Beispiel ein Teil des Monateinkommens oder Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld). Die Höhe der Einzahlung kann von Jahr zu Jahr variiert werden. Das Wertguthaben wird in Höhe der geleisteten Zahlungen gesichert und verzinst. Ein Wertguthabepunkt entspricht 1 Prozent des Bruttojahreseinkommens.

Altersteilzeit

Wer sich dafür entscheidet, muss mindestens 59 Jahre alt sein und mindestens 55 Punkte auf dem Zeitwertkonto haben. Die Altersteilzeit gliedert sich in zwei Phasen. In der aktiven Altersteilzeitphase wird die Hälfte des bisherigen Wochenpensums gearbeitet. Wenn das Wertguthaben ausreicht, kann sich daran eine vollständige Freistellung anschließen.

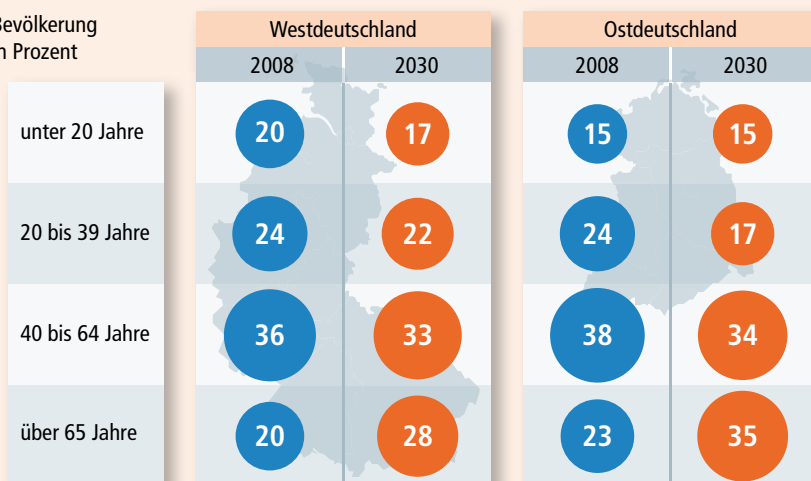
Der Teilzeitlohn wird vom Arbeitgeber auf 78 Prozent des Nettoentgelts aufgestockt. Ein Demografiefonds hievt den Betrag auf bis zu 87 Prozent des Nettoentgelts. In diesen Fonds zahlt der Arbeitgeber pro Vollzeitkraft und Jahr 200 Euro ein. Inzwischen verfügt der Fonds schon über ein Volumen von 20 Millionen Euro.

Freistellung

Die Mitarbeiter können sich – je nach angespartem Wertguthaben – 24 bis 72 Monate von der Arbeit freistellen lassen, entweder direkt vor dem Renteneintritt, wobei auch Altersteilzeit gewählt werden kann, oder der Mitarbeiter verwendet das Wertguthaben für eine längere Elternzeit, eine Auszeit für die Pflege von Angehörigen oder ein Sabbatical.

Deutschland altert

Bevölkerung in Prozent



2030: Prognose; Quelle: Statistisches Bundesamt

Sparsamkeit ist angesagt

Saarland. Von den 13 Flächenstaaten hat ausgerechnet der kleinste die größte Pro-Kopf-Verschuldung der Republik. Ums Sparen kommt die nächste saarländische Regierung daher nicht herum.

Erich Honecker, Peter Hartz, Iona Christen, Marc Ziegler – sie alle sind im kleinsten Flächenland der Bundesrepublik geboren. Während das Land an der Saar diese und viele andere bekannte Köpfe hervorgebracht hat, präsentiert es sich wirtschaftlich gesehen eher unauffällig (Grafik). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf entspricht mit 29.500 Euro ziemlich genau dem deutschen Durchschnitt. Den westdeutschen Mittelwert von 32.340 Euro verfehlt es aber deutlich. Denn wenn es um die Ansiedlung großer Konzernzentralen geht, kann Saarbrücken nicht mit Stuttgart, Frankfurt oder Düsseldorf konkurrieren. Außerdem fehlen namhafte Dienstleister, die das Sozialprodukt mehren.

Und so bleibt das Saarland im Kern ein Industriestandort:

Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung betrug im Jahr 2010 rund 26 Prozent; nur Baden-Württemberg kommt auf einen höheren Industrieanteil.

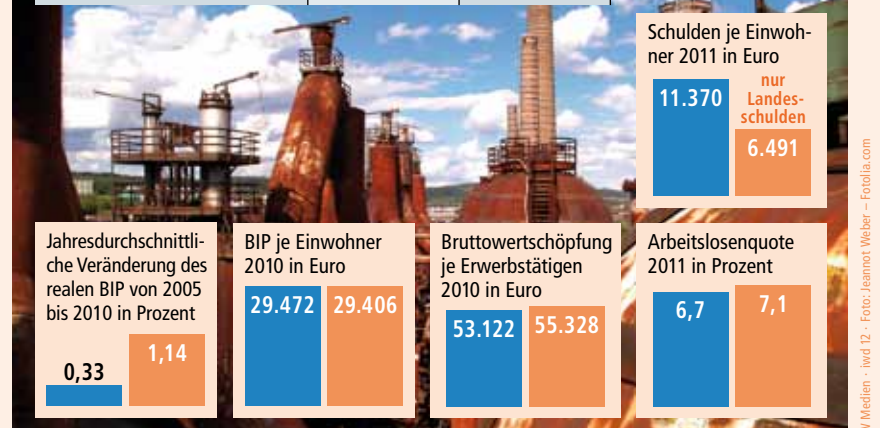
Anders als im Südwesten der Republik handelt es sich bei den Fabriken an der Saar aber teilweise um alte Industrien, in denen nach und nach die Lichter ausgehen. Im Bergwerk Saar zum Beispiel, das im Juli dieses Jahres schließt, waren zuletzt noch 3.000 Kumpel tätig. Auch die Zulieferindustrie wird mit der Schicht im Schacht schrumpfen.

Saarland: Kleines Land mit hohen Schulden

■ Saarland ■ Deutschland

Einwohner 2011 in 1.000	1.014	81.800
Erwerbstätige 2010 in 1.000	507	40.483
Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2010 in Milliarden Euro	30,1	2.498,8

Wahl 2012



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Statistisches Amt des Saarlands

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 12 - Foto: Jeannot Weber - Fotolia.com

Wichtige Zukunftsbranchen wie die Pharmaindustrie und die Elektrotechnik sind im Saarland unterrepräsentiert. Ein Lichtblick ist mit etwa 60.000 Beschäftigten die Gesundheitswirtschaft.

Auch der Fahrzeugbau ist lediglich mit einem Ford-Werk in Saarlouis vertreten, wo etwa 6.500 Beschäftigte arbeiten.

Ein auf den ersten Blick erfreuliches Kapitel ist die geringe Arbeitslosigkeit: Im Winter 2012 betrug die Arbeitslosenquote lediglich 6,8 Prozent, nach 11 Prozent im Jahr 2005.

Diese Entwicklung ist allerdings nur zum Teil arbeitsmarktpolitischen Erfolgen geschuldet. Denn es gibt – überspitzt formuliert – an der Saar bald keine Menschen mehr, die arbeitslos werden könnten. Die Bevölkerung schrumpft fast so schnell wie die der ostdeutschen Flächenländer. Seit 1966, als ein

Höchststand von 1,13 Millionen erreicht wurde, hat die Zahl der Saarländer bereits um 10 Prozent abgenommen. Für das Jahr 2050 wird nur noch mit 750.000 Einwohnern gerechnet.

Einen Negativrekord hat das Saarland in puncto Schulden aufgestellt: Zum Jahresende 2011 stand es mit 11,5 Milliarden Euro in der Kreide, je Einwohner waren das 11.370 Euro – kein anderes Flächenland hat höhere Pro-Kopf-Schulden.

Die von der bisherigen CDU-Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer eingeleiteten Sparmaßnahmen stehen nun durch die vorgezogene Wahl am 25. März wieder auf der Kippe. Die SPD setzt zur Konsolidierung vor allem auf Steuererhöhungen, die das Land allein aber nicht durchsetzen kann – denn für die Einkommens- oder Vermögenssteuer ist der Bund zuständig.

Es geht auch ohne Zwang

Soziales Engagement. Der Bundesfreiwilligendienst hat den Zivildienst erfolgreich und ohne große Probleme abgelöst – die im Sommer 2011 frei gewordenen Stellen wurden fast alle sofort wieder besetzt. Und auch sonst engagieren sich die Deutschen offenbar gern für soziale, kulturelle und ökologische Belange.

Rund ein Drittel der über 14-Jährigen in Deutschland engagiert sich ehrenamtlich. Bei jungen Menschen unter 30 Jahren stehen vor allem Tätigkeiten in Sport- und Freizeitvereinen sowie für Kinder und Jugendliche ganz oben auf der Liste (Grafik).

Weder ein gesetzlicher Zwang zum Helfen noch ein finanzielles Anreizsystem sind also notwendig, um Menschen zum ehrenamtlichen Engagement zu bewegen. Knapp 80.000 freiwillig Engagierte widmen sich ihren Aufgaben in Vollzeit. Hinzu

kommen noch rund 23 bis 26 Millionen Menschen, die sich ab und zu gesellschaftlich engagieren.

Der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) konnte also bei seinem Start Mitte des vergangenen Jahres auf genug Potenzial bauen. Und das war auch nötig, schließlich sollte der BFD den Zivildienst ersetzen, was viele Kritiker und Zweifler auf den Plan rief. Denn die Zivis waren kaum wegzudenken, besonders in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen.

Doch die Unkenrufe gegen den BFD verstummten schnell – der Dienst an der Gesellschaft war von Anfang an beliebt:

Schon am 30. Juni 2011 ersetzten 17.300 „Bufdis“ die noch tätigen Zivis fast vollständig.

Die eingeplanten 35.000 Stellen für die neuen Freiwilligen waren schon im Februar dieses Jahres so gut wie alle vergeben. Gleichzeitig

steigt die Nachfrage nach den Plätzen stetig weiter.

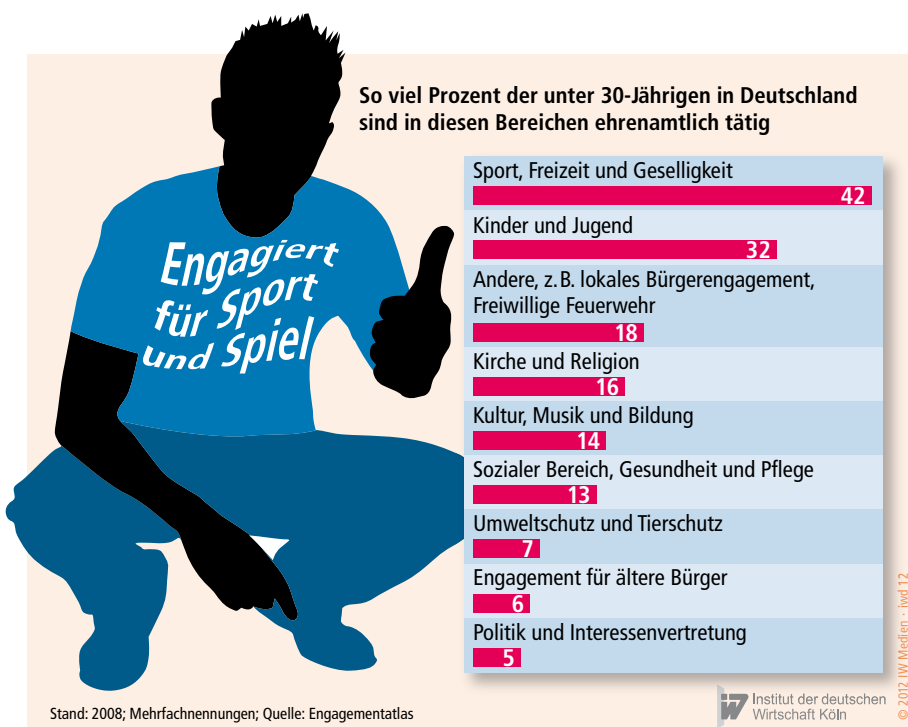
Die BFDler arbeiten – vielfach vor ihrer Ausbildung oder dem Studium – in gemeinnützigen Einrichtungen. Das dauert in der Regel ein Jahr, wer will, kann sich aber auch für bis zu zwei Jahre oder für nur ein halbes Jahr entscheiden. Als Taschengeld bekommt ein Vollzeit-BFDler maximal 336 Euro.

Dass der neue Freiwilligendienst so beliebt ist, liegt auch daran, dass jeder mitmachen kann, egal wie alt er oder sie ist.

Laut Bundesfamilienministerium liegt das Durchschnittsalter der Bufdis bei rund 27 Jahren.

Jungen Menschen bietet der Dienst eine Orientierung für die spätere Jobsuche, Arbeitslose können sich durch die neue Beschäftigung weiterqualifizieren. Einige Helfer sind aber auch schon über 70 Jahre alt. Und fast alle bleiben dabei: Nur rund 10 Prozent aller Bufdis werfen das Handtuch vor dem Ende ihrer Dienstzeit.

Die Bufdis haben gegenüber den Zivis einen großen Vorteil: Ob mit Kindern spielen, Biotope pflegen, Senioren aus der Zeitung vorlesen oder Schüler durchs Theater führen – die neuen Freiwilligen können zwischen mehr Tätigkeitsfeldern und Einsatzorten wählen. Der BFD umfasst die Bereiche Soziales (Kinder- und Jugendhilfe, Jugendarbeit, Wohlfahrts-, Gesundheits- und Altenpflege, Behindertenhilfe), Umwelt- und Naturschutz, Sport, Integration, Kultur- und Denkmalpflege, Bildung, Zivil- und Katastrophenschutz.



Erfüllung im Job

Arbeitszufriedenheit. Die große Mehrheit der Beschäftigten in Deutschland hat eine positive Einstellung zum Job: Die meisten erleben ihre Arbeit als vielseitig und finden darin Bestätigung.

Unzufrieden, unmotiviert, untätig – diese Einstellung attestiert das Beratungsunternehmen Gallup regelmäßig einem großen Teil der deutschen Arbeitnehmer. Die jüngste Gallup-Befragung etwa kam zu dem Schluss, dass jeder fünfte Angestellte innerlich gekündigt habe. Die geringe emotionale Mitarbeiterbindung würde zudem Produktivitätseinbußen nach sich ziehen – den volkswirtschaftlichen Schaden beziffern die Berater auf mehr als 120 Milliarden Euro jährlich.

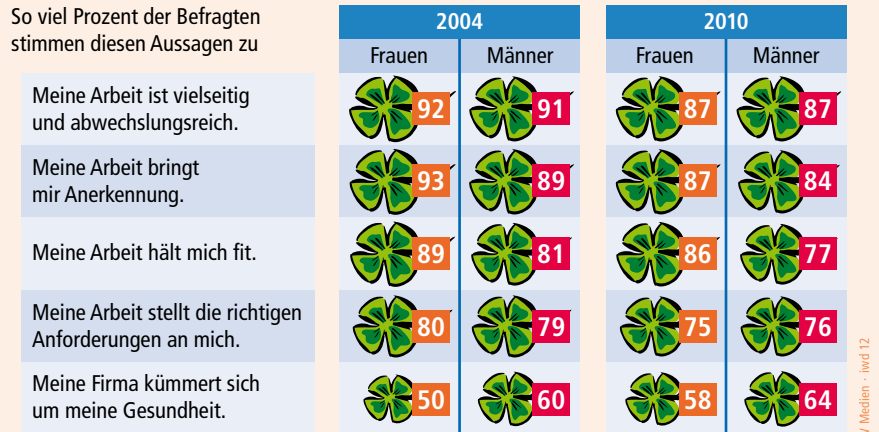
Zu einem ganz anderen Befund kommt hingegen die Initiative Gesundheit und Arbeit (IGA), ein Zusammenschluss von gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherungen. Auch die IGA befragt Erwerbstätige regelmäßig und repräsentativ nach dem Stellenwert und den Rahmenbedingungen von Arbeit. Das jüngste IGA-Barometer stellt fest, dass sich die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung in ihrem Job ziemlich gut aufgehoben fühlt (Grafik):

Neun von zehn Beschäftigten erfreuen sich an ihrer abwechslungsreichen und vielseitigen Arbeit. Fast genauso viele ziehen Anerkennung aus ihrer beruflichen Tätigkeit.

Die von der IGA ermittelte Arbeitszufriedenheit hat sich zwar im Vergleich zur Vorläufererhebung etwas verschlechtert, doch in einem Punkt haben sich die Einschätzungen der Erwerbstätigen verbessert: So

Glücksfaktor Arbeit

So viel Prozent der Befragten stimmen diesen Aussagen zu



Befragung von 2.026 Erwerbstätigen von September bis November 2004 bzw. von 2.000 Erwerbstätigen von Februar bis April 2010; Quelle: Initiative Gesundheit und Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 12

bestätigen aktuell 58 Prozent der Frauen und 64 Prozent der Männer, dass sich ihre Firma um die Mitarbeitergesundheit kümmere. Im Jahr 2004 lagen die Zustimmungsraten noch bei 50 bzw. 60 Prozent.

Doch nicht nur die Fürsorge der Arbeitgeber verbessert das Wohlergehen der Mitarbeiter. Allein der Umstand, einen Job zu haben, wirkt sich positiv aus. Die Fehlzeitenstatistik des Bundesverbands der Betriebskrankenkassen 2009 zeigt, dass Arbeitslose viermal häufiger an psychischen Störungen erkranken als Erwerbstätige. Dies lässt darauf schließen, dass Menschen durch ihre Arbeit Selbstbestätigung und Anerkennung erfahren – beides sind wichtige Faktoren für die seelische Gesundheit.

Ein weiterer Indikator für die Arbeitszufriedenheit ist die Wechselabsicht der Beschäftigten. Diese liegt nach dem jüngsten IGA-Barometer aktuell unter 30 Prozent – und damit in etwa auf dem Niveau von 2004.

Angesichts der demografischen Entwicklung sollten die guten Ergeb-

nisse die Arbeitgeber trotzdem nicht in Sicherheit wiegen. Vor allem Fachkräfte werden auf dem Arbeitsmarkt zunehmend knapp. Wenn qualifizierte Beschäftigte gefragt sind, verbessern sich gleichzeitig ihre Wechseloptionen. Unternehmen sollten daher an ihrer Attraktivität als Arbeitgeber arbeiten:

Um die Mitarbeiterbindung zu stärken, können Betriebe flexiblere Arbeitszeiten und mehr Telearbeit anbieten, die betriebliche Altersvorsorge stärken und ihre Mitarbeiter bei der Kinder- und Angehörigenbetreuung unterstützen.

Dass Handlungsbedarf besteht, ist den Firmen durchaus bewusst. Eine Befragung von mehr als 1.800 Personalverantwortlichen durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Sommer 2010 ergab, dass zwei Drittel der Unternehmen ihre Führungskräfte explizit dazu verpflichtet haben, die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter zu verbessern. Bei den Großunternehmen ist dies sogar in drei von vier Fällen Usus (vgl. www.vitniss.info).

Teurer Transfer zum Training

Wirtschaftsfaktor Sport. Joggen, radeln, kicken: Fast 88 Milliarden Euro ließen sich die Deutschen im Jahr 2010 die Wonnen der Körperertüchtigung kosten – entweder indem sie selbst aktiv waren oder weil sie für ihr Interesse am Sport Geld ausgaben.

Es klingt absurd, ist aber so: Von dem Geld, das aktive Sportler in ihre schweißtreibenden Leidenschaften investieren, wandert laut einer Untersuchung des sportwissenschaftlichen Instituts der Universität Mainz das meiste nicht etwa ins Equipment oder Training, sondern geht für die Fahrten vom und zum Sport drauf (Grafik):

Deutsche Privathaushalte gaben 2010 fast 26 Milliarden Euro für die An- und Abreise zum Trainings- oder Sportplatz aus.

Damit steckten die Sportler jeden dritten Euro ihres Budgets in Aufwendungen für Fahrten. Neue Sportschuhe und -kleidung dagegen kos-

teten die Deutschen 2010 lediglich 10 Milliarden Euro. Auch die jährlichen Vereinsbeiträge und Eintrittsgelder von 8,5 Milliarden Euro sind im Vergleich zu den Fahrtkosten ein kleiner Posten.

Rund die Hälfte der Erwachsenen sowie ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland treiben regelmäßig Sport. Die über 16-Jährigen favorisieren den Radsport, das Laufen und Schwimmen; Jüngere trifft man am häufigsten auf dem Fußballplatz. Um diese Hobbys aktiv auszuüben, gaben die Deutschen im Jahr 2010 mindestens 78 Milliarden Euro aus. Weil teure Konsumgüter wie Sportboote, Motorsportfahrzeuge oder Sportpferde in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt worden sind, dürften die tatsächlichen Gesamtausgaben sogar noch um einiges höher ausfallen.

Zudem ziehen Großereignisse wie die Tischtennis-Weltmeisterschaft im März dieses Jahres in Dortmund oder die Olympischen Sommerspiele ab Ende Juli in London auch und gerade die passiven Sportliebhaber in ihren Bann – sprich in die Wettkampfhallen und Stadien. Diese Gruppe lässt sich ihr Zuschauerergnügen einiges kosten:

Um Sportveranstaltungen zu verfolgen oder um seinen Lieblingsverein anderweitig zu unterstützen, gaben

Sport: Viel Geld für Fahrten und Karten

So viele Milliarden Euro haben die privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2010 für Sport ausgegeben

Aktiver Sport	77,6
Fahrten	25,6
Sportreisen	14,0
Schuhe/Kleidung	10,0
Sportgeräte	9,0
Beiträge/Eintritte	8,5
Medien	3,0
Körperpflege	2,3
Training	1,5
Sportnahrungsmittel	1,5
Versicherungen	1,5
Medizinische Dienstleistungen/Prävention	0,8
Passiver Sport	9,8
Eintritte	4,0
Unterkunft/Gaststätten	2,0
Medien	1,5
Fahrten	0,9
Fanartikel	0,8
Spenden	0,3
Sportwetten	0,3
Insgesamt	87,4

Training: eigenfinanziertes Training/Leistungsdiagnostik;
Medien: einschließlich Pay-TV;
Spenden: an Vereine und passive Mitgliedschaften;
Ursprungsdaten: Universität Mainz, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw12

die Haushalte 2010 fast 10 Milliarden Euro aus.

Den mit 4 Milliarden Euro größten Teil investierten die Passivsportler in Eintrittskarten, weitere 2 Milliarden in Kost und Logis.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.